

Rot-Rot ist ausgezehrt

Ende Januar haben die Führungsgremien der Berliner Union den Bundestagsabgeordneten und Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger einstimmig als CDU-Spitzenkandidaten vorgeschlagen.

Dieser stürzte sich sogleich leidenschaftlich in das Stadtgeschehen, stattete den vom Arbeitsplatzabbau bedrohten Mitarbeitern von CNH und JVC Solidaritätsbesuche ab, traf sich zu einem Gespräch mit

Angst.“ Denn der Regierende Bürgermeister weiß, dass sich das Augenmerk in den kommenden Wochen und Monaten noch stärker auf Sachthemen richten wird. Das kann ihm angesichts seiner politischen Bilanz nicht behagen. Wowerit steht stellvertretend für einen unterqualifizierten Senat, der die Probleme der Stadt nur verwaltet, anstatt zu regieren. Mut- und ideenlos argumentieren SPD und PDS mit ‚Sachzwängen‘ und



Henkel redet Klartext

Bischof Huber und setzte sich mit Nachdruck für den Erhalt der Ku'damm-Bühnen ein. Sein Engagement wird messbar honoriert. Innerhalb von nur zwei Tagen nach seiner Nominierung gaben 20 Prozent der Berlinerinnen und Berliner an, Friedbert Pflüger direkt zum Regierenden Bürgermeister wählen zu wollen. Schon lassen sich die ersten nervösen Beißreflexe aus dem linken Spektrum beobachten. Der Regierende Bürgermeister Wowerit hatte wenige Tage nach Pflügers Nominierung nichts Besseres zu tun, als diesen zu diskreditieren und ihn als ‚Zugereisten‘ zu verhöhnen. Auch der SPD-Landesvorsitzende Müller schlug in diese Kerbe. Dabei sollte sich doch gerade der Regierende Bürgermeister einer toleranten und weltoffenen Hauptstadt erfreut zeigen, wenn sich Menschen in Berlin niederlassen und bereit sind, sich für unsere Stadt zu engagieren. „Warum so nervös?“, fragte die Berliner Tageszeitung „B.Z.“, um die Frage gleich selbst zu beantworten: „Wowerit hat

lassen den Rotstift kreisen. Dabei müsste dringend gehandelt werden, um Berlin wieder nach vorne zu bringen. Die Geißel Massenarbeitslosigkeit wütet nach wie vor in der Stadt, die Verschuldung erreicht unter Rot-Rot täglich neue Rekordhöhen und engt den politischen Handlungsspielraum

weiter ein. Wir müssen eine leidenschaftliche Debatte darüber führen, wie wir die Zukunftschancen unserer Kinder sichern können. Mit der von Rot-Rot propagierten Einheitsschule, einem ideologischen Versatzstück, wird dies ganz sicher nicht gelingen. Nach den Ausschreitungen jugendlicher Migranten in französischen Vororten im vergangenen Jahr und angesichts eines möglichen Kulturkonflikts im Zusammenhang mit den Mohammed-Karikaturen dürfen wir auch die Integrationspolitik nicht vernachlässigen, sondern müssen hier dringend neue Akzente setzen. Eines ist klar: Berlin wird im fünften Jahr unter Wert regiert und damit um seine Zukunft gebracht. Rot-Rot ist ausgezehrt. Dieser Senat hatte eine Chance – und sie nicht genutzt. Eine weitere hat er nicht verdient. Im Interesse Berlins sollten wir gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern alle Kraft darauf verwenden, dass es im September nicht zu einer Neuaufgabe der rot-roten Koalition kommt.

Vier verlorene Jahre für Berlin



Ingo Schmitt

Nach vier Jahren rot-roter Politik in Berlin zog der Regierende Bürgermeister zum Jahresbeginn eine selbstzufriedene Bilanz. Doch die Realität sieht anders aus. Viele Berlinerinnen und Berliner befürchten nun ein weiteres Jahr des politischen Stillstands.

Auf der Jahresauftaktspressekonzferenz des Regierenden Bürgermeisters wertete Wowerit die bisher geleistete Senatsarbeit als etwas, auf das man stolz sein könne. Insbesondere in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hätte sich vieles zum Besseren gewendet.

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, wertete dies als eine Verklärung der politischen Wirklichkeit in der Hauptstadt. Der CDU-Politiker: „Wowerit malt ein bonbonfarbenes Bild von der wirtschaftlichen Lage in der Hauptstadt, das mit der Realität leider nicht viel zu tun hat. In Wirklichkeit ist die

Situation vier Jahre nach dem Amtsantritt von Rot-Rot dramatisch. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit hängt wie ein Damoklesschwert über der Stadt. 300.000 Menschen sind ohne Erwerbstätigkeit. Die

worten und damit die Stadt an den Rand der finanziellen Handlungsunfähigkeit manövriert. Hier von einem Jahr zu sprechen, auf das man stolz sein könne, wertete Schmitt als befremdlich. „Wir müssen



Ein rotes Gespensst im Roten Rathaus?

Stadt wird von einer Welle von Werksschließungen und Personalabbau überrollt. Fast täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften von Arbeiternehmern, die ihren Job verloren haben oder vom Arbeitsplatzverlust bedroht sind.“ Die Haushaltsmisere habe sich ebenfalls dramatisch zugespitzt. 20 Milliarden Euro Schulden, so Schmitt, habe dieser Senat bis dato zu verant-

aufpassen, dass sich die soziale Kluft in dieser Stadt nicht weiter vergrößert.“ Abschließend sagte Schmitt: „Die vom Regierenden Bürgermeister auf der Pressekonferenz beschworene ‚Mentalität des Gelingens‘ läuft angesichts seiner ‚Politik des Scheiterns‘ ins Leere. Vier Jahre Rot-Rot waren vier verlorene Jahre für Berlin.“

Merkel ist beliebteste Politikerin

Drei Monate nach ihrer Vereidigung erfreut sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Bevölkerung größter Beliebtheit.

Der ARD-Deutschland-Trend misst gar die höchste Zustimmung für einen Bundeskanzler überhaupt. Laut einer Umfrage von TNS Infratest für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wollen 85 Prozent, dass Merkel auch in Zukunft eine „wichtige Rolle“ in der Politik spielt. Der Einzige, der in den vergangenen Jahren noch größere Zustimmung erfuhr, war FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher kurz nach der Wiedervereinigung. Unter den Anhänger der Union wünschen sich 99 Prozent eine gewichtigere Rolle der CDU-Vorsitzenden. Im ARD-DeutschlandTrend wurde Anfang Februar gar

der höchste Wert ermittelt, der je für einen Bundeskanzler gemessen wurde. 80 Prozent der Befragten sind mit der politischen Arbeit von Frau Merkel zufrieden. Auch bei der Direktwahlfrage setzt sich die Bundeskanzlerin klar gegen ihre möglichen Herausforderer durch: Könnten die Deutschen den Bundeskanzler direkt wählen, würden sich 55 Prozent für sie und 32 Prozent für den SPD-Chef Matthias Platzeck entscheiden. Stünden Angela Merkel und Franz Müntefering zur Wahl, würden sich 59 Prozent für die Amtsinhaberin und 27 Prozent für den jetzigen Vizekanzler entscheiden. Die Zustimmung zu Angela Merkel spiegelt sich in der allgemeinen Bewertung der Regierungsarbeit. 45 Prozent finden, die Kanzlerin und die Uni-

onsminister arbeiten in der großen Koalition erfolgreicher als Franz Müntefering und die SPD-Minister. Die Arbeit der SPD-Riegebewerten nur 20 Prozent als erfolgreicher. Quellen: ARD-Presseninfo, Der Spiegel

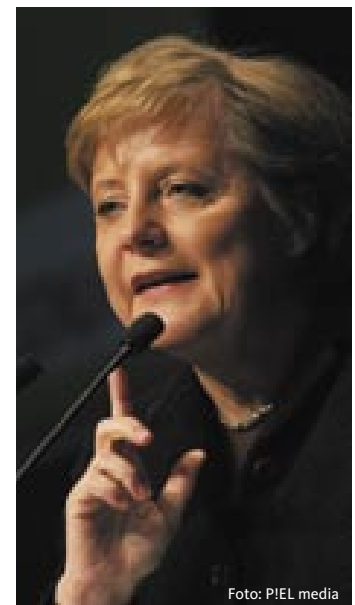


Foto: PIEL media